



VOX-Analyse September 2024

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 22. September 2024

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Teamleader Data Analytics

Sara Rellstab: Data Scientist

Jenny Roberts: Junior Data Scientist

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin/ Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	7
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	12
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	12
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	13
3.3	Die Informationsgewinnung	13
4	BIODIVERSITÄTSINITIATIVE	16
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	16
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	17
4.3	Die Motive	21
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	24
5	REFORM DER BERUFLICHEN VORSORGE	27
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	27
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	28
5.3	Die Motive	31
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	33
6	ANHANG	36
6.1	Technischer Bericht	36
6.2	Über die Studie	40
6.3	gfs.bern-Team	42

1 Die zentralen Befunde

Zweimal Nein an der Abstimmung am 22. September 2024, aber aus zwei unterschiedlichen Gründen: einmal lag es am gering wahrgenommenen Problemdruck und einmal an Zweifeln an der Lösung des Problems. Die Biodiversitätsinitiative schaffte es nicht, einen genügend grossen Problemdruck zu erzeugen, damit die Notwendigkeit einer Annahme der Vorlage eine Mehrheit überzeugen konnte. Nein-Stimmende, die sich politisch oft Mitte-Rechts verorten liessen, waren überzeugt, dass Bund und Kantone bereits genügend für die Biodiversität leisten und der Druck auf die inländische Landwirtschaft zu gross werden würde. Bei der Reform der beruflichen Vorsorge war ein zentrales Ziel, dass mit der Reform die Situation von Geringverdienenden verbessert werden würde, höchst umstritten. Während Ja-Stimmende das vorgeschlagene Vorgehen und die Massnahmen der Reform solidarisch und gerecht fanden, waren Nein-Stimmende gegenteiliger Meinung. Ja- und Nein-Stimmende waren sich aber einig, dass die Verbesserung der Situation von Geringverdienenden ein wichtiges Problem ist. Aber die klare Mehrheit der Stimmbevölkerung fand, dass der Vorschlag nicht überzeugend ist. Insbesondere in der aktuellen Situation der Inflation wäre eine Kürzung der BVG-Rente auch nicht verkraftbar, argumentierte die Nein-Seite. Das Nein zur BVG kam ziemlich geschlossen aus dem politisch linken Lager, aber auch annähernd zwei Drittel SVP- und Mitte-Sympathisierende stimmten gegen die Parole der eigenen Partei. Somit konnte sich bei beiden Vorlagen die Nein-Seite durchsetzen. Insgesamt wurde beiden Vorlagen nur durchschnittliche Bedeutung zugeschrieben. Die BVG-Reform wurde zusätzlich auch als komplex Vorlage wahrgenommen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'360 Stimmberechtigten der VOX-Analyse September 2024. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Initiative scheitert an geringem Problemdruck und wirtschaftlichen Bedenken Biodiversitätsinitiative

Die Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» forderte, dass der Schutz und die Förderung der Biodiversität in der Schweiz gestärkt werden, indem ausreichende Flächen für Natur- und Landschaftsschutz reserviert und erhalten werden. Die Vorlage wurde von einer Mehrheit von 63 Prozent der Stimmenten abgelehnt. Die Entscheidung war stark von politischen Orientierungen und Orientierungen der Menschen in Umwelt- und Landwirtschaftsfragen geprägt. Wer Wohlstand stärker gewichtet als Umweltschutz und wer nachhaltigen Ertrag gegenüber ökologischer Ausrichtung der Landwirtschaft vorzieht, stimmte deutlich gegen die Initiative. Das so geprägte Stimmverhalten war auch eine Vertrauensfrage. Wer den Umweltverbänden vertraute, stimmte eher Ja, wer den Bauern vertraute, eher Nein. Wesentlich für das deutliche Nein war die überwiegende Ablehnung rechts der Mitte. Die Nein-Seite überzeugte bis ins politische Zentrum: die Mitte-Anhängerschaft lehnte die Initiative zu 78 Prozent ab, und nur die Hälfte der GLP-Anhängerschaft folgte der Ja-Parole der GLP-Delegierten.

Die spontan geäusserten Motive zeigen unterschiedliche Perspektiven der Präferenzen und Dringlichkeiten im Bereich der Biodiversität: Während Ja-Stimmende (mehr) Handlungsbedarf im Bereich der Lebensgrundlagen und konkret für den Klimaschutz als

notwendig und dringend betrachten, begründeten die Nein-Stimmenden ihre Entscheidung oft damit, dass die heutigen Massnahmen ausreichen und vor allem, dass die Initiative übertreibe. Viele Nein-Stimmende befürchteten negative Folgen für die Landwirtschaft. Bei der Beurteilung der Argumente fällt auf, dass die von der Initiative angesprochenen Anliegen wenig in Frage gestellt wurden: Umweltzerstörung wird selbst von der Gegnerschaft mehrheitlich als gravierendes Problem für nachfolgende Generationen angesehen, und annähernd die Hälfte der Gegnerschaft sah die Biodiversität als Mittel gegen den Klimawandel. Polarisiert war die Frage der Dringlichkeit von (noch) mehr Massnahmen: Sehr deutlich unterstützten die Nein-Stimmenden das Argument, wonach Bund und Kantone heute schon genügend für die Biodiversität unternehmen. Die Ja-Seite befürchtete dagegen Milliardenkosten, wenn nicht sofort mehr unternommen werde.

Die Ziele der Reform konnten nicht überzeugen

Reform der beruflichen Vorsorge

Die Reform der beruflichen Vorsorge umfasste Massnahmen, die eine langfristige Finanzierung zukünftiger Renten gewährleisten sollte und welche die Situation von Geringverdienenden in der beruflichen Vorsorge verbessern. Eine deutliche Mehrheit von 67 Prozent des Stimmvolks stimmte dagegen. Beide Ziele, die langfristige Sicherstellung der Renten sowie die verbesserte Situation der Geringverdienenden, konnten nicht überzeugend dargestellt werden. So zeigt sich bei den Argumenten, dass fast alle für eine Besserstellung von Geringverdienenden sind, aber auch, dass wegen der aktuellen Teuerung die Senkung der BVG-Renten nicht verkraftbar sei. Auch Personen mit sehr hohem Vertrauen in den Bundesrat stimmten knapp mehrheitlich dagegen. Ausserdem polarisierte die Aussage am stärksten, dass mit der BVG-Reform mehr bezahlt werden müsste, und man dafür weniger erhalten würde. Die Ja-Parolen der SVP und der Mitte überzeugten auch die Anhängerschaft nicht: Die beiden Anhängerschaften stimmten nur zu je 35 Prozent für die Vorlage.

Auf der Pro-Seite gab es nur wenige Teile der Stimmbevölkerung, die mehrheitlich dafür waren: Das waren FDP-Sympathisierende und die Personen, welche den Pensionskassen oder Wirtschaftsverbänden vertrauen. Für sie war die BVG-Reform ein Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Solidarität für Personen mit tiefem Einkommen, für Frauen oder auch Teilzeiterwerbstätige. Ebenfalls fanden sie es notwendig, dass die finanzielle Grundlage von Pensionskassen sichergestellt war.

Durchschnittliche Beteiligung bei durchschnittlich wahrgenommener Wichtigkeit

Die Beteiligung

Die Beteiligung am 22. September 2024 war mit rund 45 Prozent im langjährigen Vergleich durchschnittlich. Stimmende an den politischen Polen nahmen stärker an den Abstimmungen teil als Personen in der politischen Mitte. Die Vorlagen waren für die Stimmbevölkerung ähnlich wichtig: Die Reform der beruflichen Vorsorge wurde als leicht wichtiger als die Biodiversitätsinitiative wahrgenommen. Dafür war die Biodiversitätsinitiative leichter verständlich als die Reform der beruflichen Vorsorge.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 22. September 2024 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: Die Biodiversitätsinitiative und die Reform der beruflichen Vorsorge.

2 Die Beteiligung

Am 22. September 2024 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»
2. Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Biodiversitätsinitiative 45.2 Prozent und bei der Reform der beruflichen Vorsorge 45 Prozent.¹

Die neue Legislatur hat im März mit einem Abstimmungssonntag mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung von über 58 Prozent gestartet. Die Abstimmung im Juni erreichte jedoch wieder durchschnittliche 45 Prozent. Ebenfalls erreichte die Abstimmung im September 2024 eine Stimmbeteiligung von rund 45 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2023 war die Beteiligung im Juni leicht höher (2023: 42.5%).

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Jüngere nehmen in hohem Mass je nach Vorlagen-Interesse teil, während gerade bei älteren Männern die Teilnahme noch als Bürgerpflicht verstanden wird. Das erklärt weiterhin die hohen Unterschiede nach Alter und die etwas geringfügigeren Unterschiede nach Geschlecht mit. Klar überdurchschnittlich haben sich Männer und Frauen ab 65 Jahren beteiligt (58% bzw. 64%). Klar unterdurchschnittlich fiel die Stimmbeteiligung in der Altersgruppe der 18- bis 39-jährigen Frauen bzw. Männer aus (je ca. 33%).

Ein akademischer Bildungshintergrund befördert wie üblich die systematische Beteiligung unabhängig vom Interesse an den einzelnen Vorlagen. Es zeigt sich hingegen nur ein schwach signifikanter Unterschied bei der Teilnahme aufgeschlüsselt nach Einkommen (Tendenz: Je höher das Einkommen ist, desto eher erfolgt eine Teilnahme).

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	45.2	3306	
Alter			V=0.22***
18-29 Jahre	33	429	± 4.5
30-39 Jahre	33	463	± 4.3
40-49 Jahre	40	554	± 4.1
50-59 Jahre	44	688	± 3.7
60-69 Jahre	54	594	± 4
70 Jahre und älter	62	578	± 4
Geschlecht			V=0.03
Männer	47	1581	± 2.5
Frauen	44	1725	± 2.3
Geschlecht und Alter			V=0.22***
Frauen / 18-39	32	459	± 4.3
Männer / 18-39	33	433	± 4.4
Frauen / 40-65	41	815	± 3.4
Männer / 40-65	47	754	± 3.6
Frauen / 65+	58	451	± 4.6
Männer / 65+	64	394	± 4.7
Bildungsgrad			V=0.13***
ohne nachobligatorische Bildung	36	319	± 5.3
berufliche Grundbildung/Berufslehre	41	1101	± 2.9
Maturität/höhere Berufsbildung	47	820	± 3.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	56	914	± 3.2
Haushaltseinkommen			V=0.1***
bis 3'000 CHF	33	155	± 7.4
3'000-5'000 CHF	41	408	± 4.8
5'000-7'000 CHF	46	558	± 4.1
7'000-9'000 CHF	46	498	± 4.4
9'000-11'000 CHF	48	426	± 4.8
über 11'000 CHF	52	719	± 3.7

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die politische Orientierung und die politische Bindung sind von grösserer Bedeutung als die soziodemographischen Hintergründe der Befragten, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Auf den ersten Blick zeigt die Mobilisierung nach den politischen Lagern, dass Personen in der politischen Mitte deutlich weniger mobilisiert waren als andere Stimmende. Die Pole linksaussen und rechtsaussen waren am stärksten mobilisiert (60% bzw. 55%). Die Mobilisierung nach Parteisympathie lässt eine verstärkte Mobilisierung der links-grünen Kräfte erkennen, aber auch von der FDP: Die Sympathisierenden der Grünen (66%), GLP (58%) und SP (55%) wurden am stärksten mobilisiert. FDP-Sympathisierende wurden ebenfalls überdurchschnittlich stark mobilisiert (54%). Bei den anderen Parteien lag der Anteil unter 50 Prozent. Die Mobilisierung war insbesondere bei Personen, die mit keiner Partei sympathisieren, tief (26%). Weiterhin zeigt sich, dass mit höherem politischen Interesse eine wahrscheinlichere Abstimmungsteilnahme einherging. Zudem haben eher Personen abgestimmt, die der Regierung vertrauen anstatt misstrauen.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	45.2	3306	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.12***
linksaussen (0-2)	60	358	± 5.1
links (3,4)	48	543	± 4.2
Mitte (5)	43	861	± 3.3
rechts (6,7)	47	642	± 3.9
rechtsaussen (8-10)	55	453	± 4.6
Parteisympathie			V=0.21***
SVP	47	621	± 3.9
FDP	54	444	± 4.6
Die Mitte	46	420	± 4.8
GLP	58	188	± 7.1
SP	55	512	± 4.3
Grüne	66	171	± 7.1
andere Partei	41	203	± 6.8
keine	26	336	± 4.7

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Politisches Interesse			V=0.44***
sehr interessiert	83	507	± 3.3
eher interessiert	56	1593	± 2.4
eher nicht interessiert	26	903	± 2.9
überhaupt nicht interessiert	10	263	± 3.6
Vertrauen in den Bundesrat			V=0.06**
sehr gering bis gering (0-4)	42	549	± 4.1
mittel (5)	45	720	± 3.6
hoch (6-7)	49	839	± 3.4
sehr hoch (8-10)	50	944	± 3.2

Wie schon an vielen Abstimmungen bisher gab das Gros der Stimmbevölkerung, die nicht abgestimmt hat, an, dass sie vergessen haben teilzunehmen (31%) resp. verhindert waren (25%). 13 Prozent gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten. 11 Prozent fanden die Abstimmungsthemen zu kompliziert. Jeweilig rund 10 Prozent denken, dass Abstimmungen an sich keinen Unterschied machen oder gaben an, dass die Abstimmungsthemen sie nicht interessiert haben. Je rund 6 Prozent waren der Meinung, dass es auf ihre einzelne Stimme nicht ankommt, dass sie prinzipiell nie an Abstimmungen teilnehmen und dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist. Schliesslich misstrauten 5 Prozent den demokratischen Prozessen.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen.	31	368
Ich war verhindert.	25	274
Ich konnte mich nicht entscheiden.	13	136
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert.	11	116
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern.	10	96
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert.	9	107
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt.	6	70
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil.	6	75
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist.	5	57
Ich misstrauere demokratischen Prozessen.	5	61
weiss nicht / keine Angabe	3	34

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 1126. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4 und 5). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Biodiversitätsinitiative 6.6 und für die Reform der beruflichen Vorsorge 6.9. Damit war die Prämienentlastungs-Initiative die wichtigere der beiden Vorlagen. Die beiden Vorlagen sind aus Sicht der Stimmbevölkerung durchschnittlich bedeutend gewesen.

Die höchste persönliche Bedeutung erreichte in der vorherigen Legislatur die Covid-19-Abstimmung im November 2021 mit einem Mittelwert von 8.8. Eine sehr geringe Bedeutung erhielt zum Beispiel das Filmgesetz mit 4.3.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Biodiversitätsinitiative		Reform der beruflichen Vorsorge	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	6	132	6	105
gering (2-4)	14	278	11	190
mittel (5)	14	285	13	260
hoch (6-8)	38	768	39	741
sehr hoch (9-10)	29	549	31	641
Mittelwert (total)	6.6	2012	6.9	1937

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate: Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Verständnisschwierigkeiten waren bei der Biodiversitätsinitiative gering, aber bei der Reform der beruflichen Vorsorge eher hoch. Für 76 Prozent der Stimmbevölkerung war die Biodiversitätsinitiative «eher leicht» zu verstehen. Bei der Reform der beruflichen Vorsorge liegt dieser Wert bei nur 42 Prozent.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Biodiversitätsinitiative		Reform der beruflichen Vorsorge	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	76	1403	42	803
eher schwer	24	518	58	1083
N (total)		1921		1886

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 6). Bei der Biodiversitätsinitiative gaben 61 Prozent an, dass sie von Anfang an wussten, ob sie Ja oder Nein stimmen würden. Ein Drittel entschied sich während des Abstimmungskampfes und 9 Prozent im letzten Moment. Bei der Reform der beruflichen Vorsorge haben sich 41 Prozent von Anfang an bereits entschieden. Jedoch haben sich 45 Prozent während des Abstimmungskampfes und 14 Prozent im letzten Moment für ein Ja oder Nein entschieden.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Biodiversitätsinitiative		Reform der beruflichen Vorsorge	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	61	1165	41	799
während Abstimmungskampf	30	615	45	848
im letzten Moment	9	210	14	283
N (total)		1990		1930

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorhergehender Abstimmungen (Tabelle 7). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10) mittels der diese sich mit diesem Medium informiert haben.

Das Bundesbüchlein (85%), Artikel in Zeitungen (85%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (71%) waren wie meistens die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6.2 bis 6.6 auch intensiver als alle übrigen beachtet.

News-Seiten im Internet folgen mit Nutzungsanteilen von rund zwei Dritteln. Abstimmungszeitungen oder Flyers, Abstimmungssendungen am Radio, Inserate in Zeitungen, Leserbriefe oder Leserkommentare, Strassenplakate oder Meinungsumfragen wurden noch von (mehr als) der Hälfte der Stimmbevölkerung genutzt.

Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz sowie Videoclips in sozialen Medien und Filme wurden von etwa 31-42 Prozent genutzt. Soziale Medien oder die VoteInfo-App nutzten weniger als ein Drittel, wobei die Nutzungsintensität der App höher ausfiel als bei den meisten anderen Medien (5.3).

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Das Bundesbüchlein	85	6.5	1772
Artikel in Zeitungen	85	6.6	1789
Abstimmungssendungen am Fernsehen	71	6.2	1528
News-Seiten im Internet	67	5.5	1365
Abstimmungszeitungen oder Flyers	61	5.4	1292
Abstimmungssendungen am Radio	61	4.8	1284
Inserate in Zeitungen	57	3.5	1155
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	55	4	1121
Strassenplakate	55	4.5	1120
Meinungsumfragen	51	4.1	1026
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	42	4.4	895
Mitteilungen am Arbeitsplatz	39	4.4	760
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf Youtube	31	4.3	617
VoteInfo-App vom Bund	31	4.1	625
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	29	5.3	602

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Die Anzahl Nennungen bezieht sich ebenfalls auf die Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums. Total: n = 2180.

Die grundsätzliche Mediennutzung hatte bei allen vier Vorlagen kaum einen Zusammenhang mit der Richtung der Stimmabgabe.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Biodiversitätsinitiative			Reform der beruflichen Vorsorge		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	42	388	± 4.9	35	378	± 4.8
beides etwa gleich	34	799	± 3.3	34	776	± 3.3
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	38	763	± 3.4	31	737	± 3.3
N (total) / Cramér's V		1950	V=0.06		1891	V=0.04

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und bei der Biodiversitätsinitiative abgestimmt haben, stimmten 42 Prozent Ja.

4 Biodiversitätsinitiative

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» kam im Oktober 2020 mit 107'885 gültigen Unterschriften zustande. Lanciert wurde die Initiative von mehreren Natur- und Heimatschutzorganisationen, darunter Pro Natura, BirdLife, dem schweizerischen Heimatschutz, der Stiftung Landschaftsschutz, dem Fischereiverband, Casafair und Fairfish. Ziel der Biodiversitätsinitiative ist, die Vielfalt der Lebewesen und Lebensräume in der Schweiz besser zu schützen. Das Initiativkomitee empfindet die bestehenden Massnahmen zur Förderung der Biodiversitätsinitiative als unzureichend. Konkret fordert die Initiative mehr Geld und Schutzflächen für die Biodiversität sowie den Erhalt von Biotopen, Landschaften und Ortsbildern. Die Kantone sollten beim Biodiversitätsschutz zudem stärker in die Pflicht genommen werden.

Der Bundesrat und das Parlament empfahlen dem Stimmvolk, die Volksinitiative abzulehnen. Begründet wurde die Nein-Empfehlung damit, dass die Vorlage zu weit gehe. Wertvolle Biotope, Landschaften und Ortsbilder würden bereits heute genügend gefördert. Ausserdem könnte die Annahme der Initiative zu Zielkonflikten führen in Bezug auf die Energieversorgung, die Landwirtschaft oder die Siedlungsentwicklung in der Schweiz. Beide Parlamentskammern lehnten die Initiative deutlich ab. Im Nationalrat war das Stimmenverhältnis 72 Ja- zu 124 Nein-Stimmen und im Ständerat 12 Ja- zu 33 Nein-Stimmen.

Neben den bereits erwähnten Trägerorganisationen der Initiative unterstützten diverse weitere Umweltverbände wie der WWF, Greenpeace oder der VCS das Vorhaben. Die SP, die Grünen, die GLP und die EVP setzten sich ebenfalls für ein Ja ein. Die FDP, die Mitte, die SVP und die EDU beschlossen hingegen die Nein-Parole. Ebenfalls zählten unter anderem der Schweizerische Bauernverband, der Schweizerische Gewerbeverband und der Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen zum Nein-Lager.

Am 22. September 2024 wurde die Initiative mit 37.0 Prozent Ja-Anteil in der Stimmbürger*innenbevölkerung und 1.5 Ständesstimmen abgelehnt. Die Biodiversitätsinitiative wurde einzig in den Kantonen Basel-Stadt und Genf angenommen. Am tiefsten fiel der Ja-Anteil in den Innerschweizer Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden aus, sowie im Kanton Appenzell Aussers Rhodes.²

² Link zu bk.admin.ch

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise für das Nein zur Biodiversitätsinitiative (Tabelle 9).

INSGESAMT zeigen sich stark von politischer Ausrichtung und Orientierungen der Menschen in Umwelt- und Landschaftsfragen geprägte Entscheidungen. Das drückt sich beispielhaft entlang der Selbstpositionierungen auf der Links-Rechts-Achse, bei der Parteisympathie und beim Vertrauen in Umweltverbände aus. Ziemlich genau neun von zehn Personen, welche an die SVP oder FDP gebunden sind oder gegenüber Umweltverbänden wenig Vertrauen verspüren, lehnten die Vorlage ab. Wer sich klar links positioniert (85% Ja zur Biodiversitäts-Initiative), mit den Grünen oder der SP sympathisiert (92% Ja, 72% Ja) oder sehr hohes Vertrauen in die Umweltverbände zum Ausdruck bringt (80%), unterstützte dagegen die Initiative.

Im **DETAIL** war für das Volks-Nein wesentlich, dass die Vorlage Mitte-Rechts abgelehnt wurde. Sowohl «rechtsaussen», «rechts» und in der «Mitte» positionierte Menschen, die Vorlage stimmten in ihrer klaren Mehrheit Nein. Das Bild bei den **PARTEISYMPATHIEN** zeigt im Wesentlichen das Gleiche: Die Anhängerschaft der GLP war exakt gespalten und folgte der Ja-Parole der GLP-Delegierten nur zu 50%. Die Anhängerschaft der Mitte (78% Nein), anderer Parteien (66% Nein) und Personen, die keine Parteisympathie haben (68% Nein) lehnten die Vorlage ab.

In Bezug auf das **VERTRAUEN** in verschiedene Verbände gab es vor allem deutliche Unterschiede, wenn ein Bezug zur Umwelt oder zur Landwirtschaft oder aber zur (Klima-)Wissenschaft erkennbar war: Neben dem stärksten Zusammenhang beim Vertrauen in die Umweltverbände, welche die Initiative lancierten oder unterstützten, gab es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Klimaforschenden (63% Ja bei sehr hohem Vertrauen, 11% Ja bei sehr geringem bis geringem Vertrauen), dem Vertrauen in Bauern (56% bei (sehr) geringem bzw. 18% bei sehr hohem Vertrauen), wobei das Vertrauen hier der Nein-Seite half. Der Ja-Seite förderlich waren das Vertrauen in Tierschutzorganisationen (65% bzw. 15%) und in die Wissenschaft allgemein, wobei selbst Vertrauende in die Wissenschaft die Vorlage mehrheitlich ablehnten (48% bzw. 16%).

WERTEHALTUNGEN können das Stimmverhalten ebenfalls miterklären: Wem der Umweltschutz wichtiger als der wirtschaftliche Wohlstand ist, hat eher Ja gestimmt (72%). Wer den Wohlstand bevorzugt oder eine zwischen Umweltschutz und Wohlstand gemischte Wertehaltung hat, stimmte eher Nein (12% resp. 27%). Das Gleiche gilt für Personen, die ökologische Landwirtschaft höher gewichten als Landwirtschaft mit nachhaltigem Ertrag: Der Ja-Anteil betrug 64 Prozent bei denjenigen, die diese Wertehaltung teilen, jedoch nur 22 Prozent resp. 23 Prozent bei gegenteiliger oder gemischter Meinung.

Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
total	37.0	2088	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.57***
linksaussen (0-2)	85	257	± 4.4
links (3-4)	65	360	± 4.9
Mitte (5)	27	547	± 3.7
rechts (6-7)	15	422	± 3.4
rechtsaussen (8-10)	10	315	± 3.3
Parteisympathie			V=0.61***
SVP	12	415	± 3.1
FDP	9	306	± 3.2
Die Mitte	22	283	± 4.8
GLP	50	145	± 8.2
SP	72	368	± 4.6
Grüne	92	132	± 4.6
andere Partei	34	116	± 8.7
keine	32	148	± 7.5
Vertrauen in Umweltverbände			V=0.57***
sehr gering bis gering (0-4)	9	728	± 2.1
mittel (5)	29	396	± 4.5
hoch (6-7)	51	431	± 4.7
sehr hoch (8-10)	80	417	± 3.8
Vertrauen in Klimaforscherinnen und -forscher			V=0.46***
sehr gering bis gering (0-4)	11	465	± 2.8
mittel (5)	21	326	± 4.4
hoch (6-7)	31	364	± 4.8
sehr hoch (8-10)	63	818	± 3.3
Vertrauen in die Wissenschaft			V=0.24***
sehr gering bis gering (0-4)	16	213	± 4.9
mittel (5)	26	272	± 5.2
hoch (6-7)	32	452	± 4.3
sehr hoch (8-10)	48	1034	± 3

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Vertrauen in Bauern			V=0.31***
sehr gering bis gering (0-4)	56	562	± 4.1
mittel (5)	39	436	± 4.6
hoch (6-7)	29	450	± 4.2
sehr hoch (8-10)	18	510	± 3.3
Vertrauen in Tierschutzorganisationen			V=0.39***
sehr gering bis gering (0-4)	15	670	± 2.7
mittel (5)	35	416	± 4.6
hoch (6-7)	47	439	± 4.7
sehr hoch (8-10)	65	420	± 4.6
Vertrauen in Gewerbeverbände			V=0.13***
sehr gering bis gering (0-4)	45	550	± 4.2
mittel (5)	36	572	± 3.9
hoch (6-7)	32	492	± 4.1
sehr hoch (8-10)	28	264	± 5.4
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand oder B) eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz			V=0.49***
Umweltschutz wichtiger	72	634	± 3.5
gemischte Wertehaltung	27	917	± 2.9
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	12	378	± 3.3
Wertehaltung: A) eine Landwirtschaft, die mehr ökologisch orientiert ist oder B) eine Landwirtschaft, die mehr an nachhaltigem Ertrag orientiert ist?			V=0.41***
ökologische Landwirtschaft	64	673	± 3.6
gemischte Wertehaltung	23	651	± 3.2
Landwirtschaft mit nachhaltigem Ertrag	22	607	± 3.3

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 10) zeigen verschiedene signifikante Unterschiede, wobei gemäss Cramér's V die Unterschiede bei den Merkmalen **ALTER** und **HAUSHALTSEINKOMMEN** (sehr) schwach sind. Fast alle Gruppen haben die Vorlage mehrheitlich abgelehnt. Am meisten Unterstützung erhielt die Biodiversitätsinitiative von Personen mit akademischer Bildung (50% Ja). Die Unterschiede nach **BILDUNG** sind auch deutlich: Personen mit Berufslehre oder beruflicher Grundbildung lehnten die Vorlage im Vergleich zu akademisch gebildeten Personen am deutlichsten ab (25% Ja).

Obwohl Männer und Frauen die Vorlage mehrheitlich ablehnten, gibt es einen Unterschied entlang der Geschlechter. Frauen stimmten zu 41 Prozent für die Vorlage, Männer nur zu 33 Prozent. In Umweltfragen ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern in der Regel signifikant: Frauen stimmen generell stärker zugunsten von Umweltanliegen.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	37.0	2088	
Alter			V=0.09*
18-29 Jahre	41	195	± 6.9
30-39 Jahre	47	215	± 6.7
40-49 Jahre	37	322	± 5.3
50-59 Jahre	36	443	± 4.5
60-69 Jahre	36	453	± 4.4
70 Jahre und älter	32	460	± 4.3
Geschlecht			V=0.08**
Männer	33	1047	± 2.9
Frauen	41	1041	± 3
Bildungsgrad			V=0.2***
ohne nachobligatorische Bildung	36	185	± 6.9
berufliche Grundbildung/Berufslehre	25	650	± 3.3
Maturität/höhere Berufsbildung	37	542	± 4.1
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	50	647	± 3.9
Haushaltseinkommen			V=0.06
bis 3'000 CHF	42	81	± 10.8
3'000-5'000 CHF	36	237	± 6.1
5'000-7'000 CHF	38	360	± 5
7'000-9'000 CHF	34	323	± 5.2
9'000-11'000 CHF	43	290	± 5.7
über 11'000 CHF	37	502	± 4.2

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 11) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: «Bewahrung unserer Lebensgrundlagen» (53% aller Erstnennungen, 71% aller Nennungen), «Klimaschutz» (26% resp. 35%) und «Dringlichkeit/Notwendigkeit» (23% und 36%).

Zunächst ging es im Bereich **BEWAHRUNG UNSERER LEBENSGRUNDLAGE** direkt um den Schutz von Natur und Landschaft (28% aller Erstnennungen, 36% aller Nennungen). Auch den Bezug zur ökologischen Nachhaltigkeit machten unter dem Label «Lebensgrundlage (für künftige Generationen) bewahren» 16 Prozent in erster Linie respektive 23 Prozent als Anteil aller codierten offen geäußter Motive. Ausserdem machten in diesem Bereich einige den Bezug zur Ernährungssicherheit (4% resp. 6%).

Die zweite Kategorie bezieht sich auf den **KLIMASCHUTZ**. Für ein knappes Viertel als Hauptgrund von Bedeuteung betonen viele, dass Klimaschutz und Biodiversität Hand in Hand gehen (13% aller Erstnennungen, 17% aller Nennungen). Ausserdem betonen einige den Beitrag der Biodiversität gegen den Klimawandel (8% resp. 11%). Teilweise wird auch betont, dass Biodiversität zu weniger Umweltkatastrophen führt.

23 Prozent schliesslich stellten die Zeitachse in den Vordergrund, was wir unter der Sammelkategorie **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** als Ja-Motiv erfassten. Der aktuell schlechte Zustand der Biodiversität wurde dabei oft genannt und zählt zu den häufigsten Einzelmotiven (12% aller Erstnennungen, 18% aller Nennungen). Die eigentliche Dringlichkeit (6% resp. 10%) und die bisher nicht ausreichenden Massnahmen (4% resp. 7%) fallen auch in diese Kategorie.

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Bewahrung unserer Lebensgrundlage	53	387	71	518
Natur und Landschaft müssen (besser) geschützt werden.	28	208	36	268
Lebensgrundlage (für künftige Generationen) bewahren	16	117	23	163
Biodiversitätsverlust gefährdet die Ernährungssicherheit.	4	24	6	38
Klimaschutz	26	188	35	250
Biodiversitätsschutz/Naturschutz und Klimaschutz gehen Hand in Hand.	13	106	17	130
Biodiversität hilft gegen den Klimawandel.	8	54	11	73
Biodiversität führt zu weniger Umweltkatastrophen.	3	20	5	33
Dringlichkeit/Notwendigkeit	23	164	36	249
Der Biodiversität in der Schweiz geht es schlecht.	12	85	18	124
dringend etwas tun/Dringlichkeit (Zum Beispiel kann es so nicht weitergehen.)	6	44	10	72
Die bisherigen Massnahmen für die Biodiversität reichen nicht aus.	4	28	7	44
Allgemeines	31	254	53	414
Anderes	7	53	12	89
Empfehlungen	1	12	4	31
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	2	0	3
weiss nicht/keine Antwort	19	180	58	503

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** können in drei Hauptkategorien aufgeteilt werden, wobei die beiden ersten besonders bedeutsam und typisch für viele abgelehnte Initiativen waren: «Übertriebener Vorschlag» (59% aller Erstnennungen resp. 76% aller Nennungen) weist in Richtung, dass die Initiative zu weit geht. «Unnötiger Vorschlag» (34% resp. 45%) spricht die heutigen Lösungen an. «Finanzierung» (4% resp. 7%) umreisst Aspekte der ökonomischen Bedeutsamkeit der Vorlage bzw. der Vorlagenfolgen bei Annahme.

Die Kritik an der Stossrichtung der Initiative («**ÜBERTRIEBENER VORSCHLAG**») fokussiert in erster Linie auf die Folgen für die Landwirtschaft oder die Ernährungssicherheit (19% aller Erstnennungen resp. 25% aller Nennungen). Die weiteren Nennungen teilen sich auf das Nein-Motiv «Initiative geht zu weit» (18% resp. 21%) sowie «die Initiative ist zu starr» (11% resp. 14%) auf.

Im Themenbereich «**UNNÖTIGER VORSCHLAG**» wird als Motiv genannt, dass die bestehenden Massnahmen genügen (16% aller Erstnennungen resp. 20% aller Nennungen), oder dass

bereits genügend für die Biodiversität getan wird (13% resp. 18% aller Nennungen). Teilweise wird ausserdem genannt, dass die Initiative wirkungslos wäre (3% resp. 4%).

Der dritte Bereich «FINANZIERUNG» stand weniger im Zentrum: Dass die Initiative zu teuer wäre, wurde hier am ehesten genannt (3% aller Erstnennungen resp. 5% aller Nennungen). Selten wurde das Nein in diesem Bereich auch mit Befürchtungen um Sparmassnahmen in anderen Bereichen oder unklaren Mehrkosten begründet.

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Übertriebener Vorschlag	59	728	76	924
Initiative ist zu starr.	11	140	14	172
Initiative geht zu weit.	18	220	21	253
Initiative gefährdet die Schweizer Landwirtschaft/Ernährungssicherheit/führt zu mehr Nahrungsmittelimporten.	19	238	25	318
Unnötiger Vorschlag	34	422	45	541
Es wird bereits viel für die Biodiversität getan.	13	158	18	208
Bestehende Massnahmen genügen.	16	199	20	244
Initiative wäre wirkungslos.	3	36	4	45
Finanzierung	4	51	7	89
(zu) teuer	3	35	5	58
würde zu Sparmassnahmen in anderen Bereichen führen	0	2	0	3
unklare Mehrkosten	1	14	2	27
Allgemeines	13	167	21	272
Anderes	6	67	9	103
Empfehlungen	5	64	7	86
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	2
weiss nicht/keine Antwort	26	371	72	962

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmenscheide fielen inhaltlich vergleichsweise mittelmässig fundiert aus³: 73 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt. Der Grund für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

INSGESAMT haben die Pro-Argumente recht klar überzeugt, aber sie waren für die Meinungsbildung weniger im Vordergrund, weil die zeitliche Dringlichkeit im Bereich Biodiversität unterschiedlich bewertet wurde. Das gilt am meisten für die Bedeutung der Naturzerstörung für Gesundheit, Wirtschaft und nachfolgende Generationen, die insgesamt von 76 Prozent als Problem anerkannt und sogar von zwei Dritteln der Nein-Stimmenden als Problem gesehen wird. Ebenfalls annähernd zwei Drittel der Stimmenden sehen den Schutz der Biodiversität als Beitrag gegen den Klimawandel. Am meisten unterschieden sich Ja- und Nein-Stimmende jedoch beim Nein-Argument, dass Bund und Kantone die Biodiversität bereits genügend schützen und entsprechend keine höhere Ausgaben erforderlich sind.

IM DETAIL überzeugten alle drei **PRO-ARGUMENTE** eine Mehrheit der Ja-Stimmenden. Nur das erwähnte Argument zur Problematik der Umweltzerstörung tut dies auch für eine Mehrheit der Nein-Stimmenden (66%). Insgesamt stimmten 76 Prozent dem Umweltzerstörungs-Argument zu. Die Ja-Stimmenden stehen sogar fast unisono (94%) hinter dem Argument, dass die Folgen der Umweltzerstörung für Gesundheit, Wirtschaft und nachfolgende Generationen gravierend seien. 64 Prozent Zustimmung erhält das Argument, dass der Schutz der Biodiversität einen wichtigen Beitrag zum Stopp des Klimawandels leistet. Annähernd die Hälfte der Nein-Stimmenden stimmt diesem klimabezogenen Argument zu. Gespalten waren die Stimmberechtigten bei der Frage, ob das Artensterben Milliardenkosten verursacht, wenn heute nichts dagegen gemacht wird. 51 Prozent stimmten insgesamt diesem Argument zu, wobei die Polarisierung zwischen Ja- und Nein-Stimmenden bei diesem Argument erhöht ist (85% Zustimmung bei den Ja-Stimmenden, 31% Zustimmung bei den Nein-Stimmenden).

Bei den drei **KONTRA-ARGUMENTEN** überzeugten die beiden Argumente mit kritischem Bezug zu Schutzflächen und mit dem Verweis auf die bereits getroffenen Massnahmen. 56 Prozent stimmten dem Nein-Argument zu, dass der Ausbau der Schutzflächen die landwirtschaftlichen Anbauflächen und damit die inländische Landwirtschaft unter Druck setzt. Die Beurteilung zwischen Ja- und Nein-Stimmenden bei diesem Argument fällt deutlich unterschiedlich aus: Während nur 27 Prozent der Ja-Stimmenden mit dem Gegenargument einverstanden sind, sind es bei den Nein-Stimmenden 74 Prozent. Sehr

³ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

unterschiedlich und damit für die Meinungsbildung bedeutsam war die Beurteilung der aktuellen Situation beim Gegenargument, wonach Bund und Kantone die Biodiversität bereits genügend schützten und keine höheren Ausgaben erforderlich seien. Insgesamt stimmten 52 Prozent dem Argument zu (8% Zustimmung bei den Ja-Stimmenden, 78% Zustimmung bei Nein-Stimmenden). Das Argument, dass Wohnraum knapp ist und höhere Anforderungen für Neubauten in schützenswerten Gebieten die Situation zusätzlich verschärfen würden stand weniger im Vordergrund und überzeugte insgesamt nur 45 Prozent der Stimmenden (30% Zustimmung bei den Ja-Stimmenden, 55% Zustimmung aus dem Lager der Nein-Stimmenden).

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die Folgen der Zerstörung unserer Natur sind für Gesundheit, Wirtschaft und nachfolgende Generationen gravierend.	total	76	17	7
	Ja-Stimmende	94	3	3
	Nein-Stimmende	66	26	8
Biodiversität zu schützen leistet einen wichtigen Beitrag, um den Klimawandel zu stoppen.	total	64	29	7
	Ja-Stimmende	89	6	5
	Nein-Stimmende	49	43	8
Wenn jetzt nichts getan wird, verursacht das Artensterben Kosten in Milliardenhöhe.	total	51	37	12
	Ja-Stimmende	85	7	8
	Nein-Stimmende	31	56	13
Kontra-Argumente				
Ein Ausbau der Schutzflächen bringt die landwirtschaftlichen Anbauflächen und somit die inländische Landwirtschaft unter Druck.	total	56	34	10
	Ja-Stimmende	27	66	7
	Nein-Stimmende	74	16	10
Bund und Kantone schützen unsere Biodiversität bereits genügend. Es sind keine höheren Ausgaben erforderlich.	total	52	41	7
	Ja-Stimmende	8	87	5
	Nein-Stimmende	78	14	7
Wohnraum ist bereits heute knapp. Höhere Anforderungen für Neubauten in schützenswerten Gebieten verschärfen die Situation zusätzlich.	total	45	43	11
	Ja-Stimmende	30	61	8
	Nein-Stimmende	55	33	12

Es handelt sich um gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 76 Prozent aller Stimmenden (sowie 94% aller Ja-Stimmenden bzw. 66% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Folgen der Zerstörung unserer Natur gravierend für Gesundheit, Wirtschaft und nachfolgende Generationen sind. 17 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe» N für alle Argumente: Total 2'180 Ja-Stimmende 800, Nein-Stimmende 1'288.

5 Reform der beruflichen Vorsorge

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) umfasst Massnahmen, die eine langfristige Finanzierung zukünftiger Renten trotz steigender Lebenserwartung und sinkenden Renditen gewährleisten sollen. Konkret soll der Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge von 6.8 Prozent auf 6.0 Prozent gesenkt werden, wobei Ausgleichsmassnahmen für Übergangsgenerationen vorgesehen sind. Neben der Sicherstellung der Finanzierung will die Reform die Situation von Geringverdienenden in der beruflichen Vorsorge verbessern und den Zugang zur beruflichen Vorsorge auch Teilzeitarbeitenden mit niedrigen Arbeitspensen ermöglichen. Hierfür ist vorgesehen, dass Arbeitnehmende und Arbeitgebende höhere Beiträge einzahlen. Die Gewerkschaften, die SP und die Grünen sowie das Konsumentenmagazin K-Tipp haben das Referendum gegen die Reform ergriffen, das im Juli 2023 mit 77'732 gültigen Unterschriften zustande kam.

Der Bundesrat und das Parlament empfahlen dem Stimmvolk, das «Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)» anzunehmen. Die Reform sei nötig, um künftige Renten der obligatorischen beruflichen Vorsorge nachhaltig zu finanzieren – insbesondere für Personen mit tiefen Einkommen, wozu häufig Frauen zählen. Im Nationalrat stimmten 113 Parlamentarier:innen für die Vorlage, 69 waren dagegen. Im Ständerat lag das Stimmverhältnis bei 29 Ja- und 8 Nein-Stimmen. Die grossen bürgerlichen Parteien FDP, die Mitte, SVP und GLP sprachen sich für die Vorlage aus, während SP und Grüne sich für ein Nein einsetzten. Zudem erfuhr die Vorlage grösstenteils Unterstützung von den Verbänden, beispielsweise von der *economiesuisse*, dem schweizerischen Gewerkschaftsbund, dem schweizerischen Arbeitgeberverband, dem Versicherungsverband oder dem Pensionskassenverband ASIP. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, TravailSuisse und der VPOD stellten sich gegen das Gesetz.

Die BVG-Reform wurde am 22. September 2024 deutlich abgelehnt: 32.9 Prozent der Stimmbevölkerung sagten Nein zum Vorhaben. Die Vorlage erreichte in keinem Kanton eine Mehrheit. Die Zustimmung fiel im Kanton Zug (42.9%) am höchsten aus. In den Westschweizer Kantonen (FR, VD, VS, NE, GE, JU) sowie im Kanton Solothurn wurden hingegen Ja-Anteile unter 30 Prozent verzeichnet.⁴

⁴ [Link zu bk.admin.ch](#)

5.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise für das Nein zur BVG-Reformvorlage (Tabelle 14).

INSGESAM gibt es nur wenige Untergruppen des Stimmvolks, die mehrheitlich für die Reform der beruflichen Vorsorge gestimmt haben: FDP-Sympathisierende, Personen, die den Pensionskassen sehr vertrauen, und Personen, die sehr hohes Vertrauen in die Wirtschaftsverbände hatten. In allen anderen Untergruppen gab es keine Mehrheiten.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass keine Gruppe auf dem **LINKS-RECHTS-SPEKTRUM** entschieden für die Vorlage gestimmt hat. Am ehesten waren dies Personen die sich als «rechts» (6–7 auf einer 10er-Skala) verorten (46% Ja-Anteil). Der geringste Ja-Anteil lag bei Personen, die sich linksaussen verorten (10% Ja-Anteil). Personen, die sich «links» verorten waren zu 26 Prozent für die Vorlage. Die entsprechenden Werte bei Personen, die sich «Mitte» bzw. «rechtsaussen» einstufen sind 35 Prozent bzw. 42 Prozent.

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** stützen dieses Bild: FDP-Sympathisierende waren die einzige Untergruppe, bei der sich eine klare Mehrheit von 63 Prozent für die Reform aussprach. Bei GLP-Sympathisierenden lag der Ja-Anteil bei 43 Prozent, bei Mitte- und SVP-Sympathisierenden bei je 35 Prozent. Bei den Grünen-Sympathisierenden waren es 16 Prozent und bei SP-Sympathisierenden 13 Prozent. Personen, die einer anderen Partei gegenüber Sympathien hegen, sagten zu 41 Prozent «Ja», und solche, die keiner Partei sympathisch gegenüberstehen, sagten zu 20 Prozent Ja.

Der Ja-Anteil korreliert auch (schwach) mit dem **VERTRAUEN** in die Gewerkschaften. 47 Prozent derjenigen, die «sehr geringes» Vertrauen in die Gewerkschaften haben, stimmten Ja; bei Personen mit «mittlerem» oder «hohem» Vertrauen beträgt der Anteil 27 Prozent. Bei denjenigen mit «sehr hohem» Vertrauen liegt der Wert sogar bei 15 Prozent. Umgekehrt verhält es sich mit dem Vertrauen in Pensionskassen. Sehr hohes (53%) oder hohes Vertrauen (44%) korreliert mit mehr Zustimmung als mittleres (27%) oder (sehr) geringem Vertrauen (20%).

In Bezug auf die **WERTEHALTUNGEN** zeigt sich, dass weder Personen, die einen stark ausgebauten Sozialstaat bevorzugen, noch solche, die den Sozialstaat schlank halten möchten, mehrheitlich für die Vorlage waren. Die Zustimmung war bei Befürwortenden eines schlanken Sozialstaats jedoch höher (45%) als bei Gegner:innen (23%). Das Gleiche gilt bei Personen, die Solidarität wichtiger als Eigenverantwortung finden: In dieser Gruppe stimmten 26 Prozent Ja. Bei denjenigen, die Eigenverantwortung höher gewichteten, waren es 45 Prozent.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	32.9	2013	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.24***
linksaussen (0-2)	10	254	± 3.7
links (3-4)	26	344	± 4.6
Mitte (5)	35	531	± 4.1
rechts (6-7)	46	410	± 4.8
rechtsaussen (8-10)	42	307	± 5.5
Parteisympathie			V=0.34***
SVP	35	400	± 4.7
FDP	63	296	± 5.5
Die Mitte	35	276	± 5.6
GLP	43	144	± 8.1
SP	13	362	± 3.5
Grüne	16	125	± 6.5
andere Partei	41	112	± 9.2
keine	20	132	± 6.9
Vertrauen in Gewerkschaften			V=0.26***
sehr gering bis gering (0-4)	47	697	± 3.7
mittel (5)	27	443	± 4.1
hoch (6-7)	27	425	± 4.2
sehr hoch (8-10)	15	320	± 3.9
Vertrauen in Pensionskassen			V=0.27***
sehr gering bis gering (0-4)	20	689	± 3
mittel (5)	27	502	± 3.9
hoch (6-7)	44	436	± 4.7
sehr hoch (8-10)	53	285	± 5.8
Vertrauen in Bundesrat			V=0.28***
sehr gering bis gering (0-4)	16	313	± 4.1
mittel (5)	21	437	± 3.8
hoch (6-7)	31	548	± 3.9
sehr hoch (8-10)	49	615	± 4

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder B) eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat			V=0.19***
stark ausgebauter Sozialstaat	23	863	± 2.8
gemischte Wertehaltung	38	772	± 3.4
gering ausgebauter Sozialstaat	45	252	± 6.2
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder B) eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?			V=0.18***
Solidarität wichtiger	26	542	± 3.7
gemischte Wertehaltung	29	811	± 3.1
Eigenverantwortung wichtiger	45	517	± 4.3

INSGESAMT haben die Subgruppen gemäss soziodemografischen Merkmalen alle mehrheitlich Nein gestimmt (Tabelle 15). Am ehesten haben Personen Ja gestimmt, die 70 Jahre und älter sind (37% Ja-Anteil), Männer (37%) und Personen mit höherer formaler Bildung (38%). Auch über alle des Anstellungsgrade hinweg gab es keine Mehrheit, die Ja-gestimmt hat. Zum Beispiel haben Vollzeitarbeitstätige (90-100%) sowie Teilzeitarbeitstätige mit einem Pensum unter 50% mehrheitlich Nein gestimmt (34% resp. 35%).

Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Total	32.9	2013	
Alter			V=0.07
18-29 Jahre	31	180	± 6.8
30-39 Jahre	36	204	± 6.6
40-49 Jahre	31	311	± 5.2
50-59 Jahre	29	434	± 4.3
60-69 Jahre	30	434	± 4.3
70 Jahre und älter	37	450	± 4.5
Geschlecht			V=0.08**
Männer	37	1000	± 3
Frauen	29	1013	± 2.8

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Bildungsgrad			V=0.09*
ohne nachobligatorische Bildung	24	178	± 6.3
berufliche Grundbildung/Berufslehre	30	634	± 3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	34	523	± 4.1
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	38	617	± 3.8
Haushaltseinkommen			V=0.11**
bis 3'000 CHF	30	77	± 10.3
3'000-5'000 CHF	26	224	± 5.8
5'000-7'000 CHF	28	356	± 4.7
7'000-9'000 CHF	32	312	± 5.2
9'000-11'000 CHF	30	283	± 5.4
über 11'000 CHF	40	487	± 4.4

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 16) lassen sich in zwei Überkategorien gliedern. Die am häufigsten genannten Argumente für ein Ja finden sich unter dem Titel «Solidarität/Gerechtigkeit» (43% der Erstnennungen resp. 62% aller Nennungen). Das andere Thema lautet «Dringlichkeit/Notwendigkeit» (33% resp. 47%).

Innerhalb der Argumentation zum Themengebiet **SOLIDARITÄT/GERECHTIGKEIT** findet sich die Forderung, dass der Zugang zur 2. Säule für Personen mit tiefem Einkommen verbessert werden muss (16% resp. 21%). Zudem soll auch ein besserer Zugang respektive sollen bessere Renten für Frauen (11% resp. 15%) und für Teilzeiterwerbstätige (10% resp. 14%) geschaffen werden. Beim Hauptargument **DRINGLICHKEIT/NOTWENDIGKEIT** geht es in erster Linie darum, dass die Pensionskassen sich stabilisieren müssen (8% resp. 11%). Ausserdem soll sich die berufliche Vorsorge an die demografische Entwicklung anpassen (6% resp. 9%) und die Querfinanzierung auf Kosten der Erwerbstätigen/der jungen Generationen soll gestoppt werden (5% resp. 8%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Solidarität/Gerechtigkeit	43	242	62	349
Bessere Renten/Zugang zur 2. Säule für Personen mit tiefen Einkommen	16	92	21	119
Bessere Renten/Zugang zur 2. Säule für Frauen	11	67	15	93
Bessere Renten/Zugang zur 2. Säule für Teilzeiterwerbstätige	10	50	14	77
Dringlichkeit/Notwendigkeit	33	189	47	266
Pensionskassen stabilisieren/solidere finanzielle Basis	8	44	11	59
Berufliche Vorsorge muss an die demografische Entwicklung angepasst werden.	6	39	9	53
Querfinanzierung auf Kosten der Erwerbstätigen/der jungen Generation stoppen	5	34	8	51
Allgemeines	14	84	20	115
Anderes	0	2	1	7
Empfehlungen	8	46	9	54
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	6	1	10
weiss nicht/keine Antwort	29	203	72	453

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen drei Argumente im Vordergrund (Tabelle 17): Die Nein-Stimmenden verwiesen darauf, dass die Initiative unausgereift ist (41% Erstnennungen resp. 55% aller Nennungen), dass sie zu kompliziert war (25% resp. 34%) und dass sie unsolidarisch sei (23% resp. 35%).

Am häufigsten wurde betont, dass es sich um einen **UNAUSGEREIFTEN VORSCHLAG** handelt. Diese Kritik konkretisiert sich in den folgenden drei Aussagen: Die Begründung lautete, dass man bei einem Ja mehr bezahlt und weniger Rente erhalten würde (20% resp. 25%), dass die Reform die überhöhten Reserven der Pensionskassen ignoriert (3% resp. 5%) und dass sie das Problem der 2. Säule nicht (richtig) löst (3% resp. 4%). Die zweite Gruppe von Nein-Motiven bemängelt, dass die Vorlage **ZU KOMPLIZIERT** gewesen ist. Zum einen sei die Reform zu unverständlich (4% resp. 5%) und zum anderen zu komplex (3% resp. 4%). Als drittes Kontra-Argument wurde häufig genannt, dass die Reform unsolidarisch sei: Finanzunternehmen würden auf Kosten der Versicherten profitieren (6% resp. 9%). Auch erwähnt wird, dass es keine Verbesserung für Frauen geben würde (4% resp. 6%) und für Personen mit tiefem Einkommen (3% resp. 6%) gelten.

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Unausgereifter Vorschlag	41	563	55	739
(Mehr zahlen und) weniger Rente erhalten	20	278	25	351
Reform ignoriert überhöhte Reserven der Pensionskassen	3	45	5	65
Reform löst Probleme der 2. Säule nicht/Es muss eine bessere Lösung geben	3	40	4	57
Komplizierter Vorschlag	25	330	34	441
Reform ist unverständlich	4	45	5	61
Reform ist zu komplex	3	50	4	61
Unsolidarischer Vorschlag	23	320	35	470
Finanzunternehmen/Banken/Versicherungen profitieren auf Kosten der Versicherten.	6	75	9	116
Verschlechterung/keine Verbesserung für Frauen	4	46	6	80
Verschlechterung/keine Verbesserung für Personen mit tiefen Einkommen	3	51	6	84
Allgemeines	13	165	17	211
Anderes	10	142	18	252
Empfehlungen	6	87	10	130
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	4	52	7	82
weiss nicht/keine Antwort	0	5	0	5

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den vorerwähnten Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Reformvorlage zur beruflichen Vorsorge entscheidungsrelevant.

Die Stimmenscheide fielen inhaltlich vergleichsweise wenig fundiert aus⁵: 59 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt. Der Grund für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

⁵ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

INSGESAMT überzeugte vor allem ein Pro-Argument die Stimmbevölkerung: Eine deutliche Mehrheit findet, dass es wichtig ist, die berufliche Vorsorge von Teilzeitarbeitenden, insbesondere Frauen, zu verbessern. Gleichzeitig war das stärkste Kontra-Argument, dass in der Phase der aktuellen Teuerung eine Kürzung der BVG-Rente für viele nicht verkraftbar sei.

Bei den **PRO-ARGUMENTEN** gab eine Mehrheit von 80 Prozent an, dass die berufliche Vorsorge von Teilzeitarbeitenden, insbesondere Frauen, verbessert werden soll. Auch 79 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden. Insgesamt nur 46 Prozent respektive 45 Prozent waren mit den anderen beiden Pro-Argumenten einverstanden, wobei die Ja-Stimmenden eher den Aussagen zustimmten (ca. 60% Ja-Anteil) und Nein-Stimmende eher nicht zustimmten (ca. 39%): Zum einen gab es diese Diskrepanz beim Argument, dass die BVG-Reform die Attraktivität älterer Arbeitnehmender auf dem Arbeitsmarkt steigern würden – dank tieferen Beiträgen. Zum anderen existiert sie auch bei der Aussage, dass der Umwandlungssatz für die BVG-Rente nicht zu hoch sein darf, denn sonst müssten die Erwerbstätigen die Löcher stopfen.

Bei den **KONTRA-ARGUMENTEN** gab es zwei Aussagen, die eine Mehrheit erhielten: 62 Prozent stimmten der Aussage zu, dass mit der aktuellen Teuerung und den hohen Zinsen eine Senkung der BVG-Renten für viele nicht verkraftbar sei. Zum anderen stimmten auch 53 Prozent zu, dass die BVG-Revision nicht richtig sei, weil man zu viel bezahlen würde und dafür weniger Rente bekommen würde. Wobei dieses Argument sehr stark polarisiert: gerade mal 18 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten diesem Kontra-Argument zu. Schliesslich fand die Argumentation keine Mehrheit (total: 34%), wonach KMUs die Kosten der steigenden Lohnbeiträge in die Pensionskasse nicht verantworten könnten.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Es ist wichtig, dass die berufliche Vorsorge von Teilzeitarbeitenden, insbesondere Frauen, verbessert wird.	Total	80	9	11
	Ja-Stimmende	88	5	7
	Nein-Stimmende	79	11	10
Es ist gut, dass mit der BVG-Reform die Beiträge für ältere Erwerbstätige sinken. Das erhöht ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.	Total	46	32	22
	Ja-Stimmende	60	21	19
	Nein-Stimmende	40	39	21
Der Umwandlungssatz für die BVG-Renten darf nicht zu hoch sein, sonst müssen die Erwerbstätigen die Löcher stopfen.	Total	45	32	23
	Ja-Stimmende	61	19	20
	Nein-Stimmende	38	40	22
Kontra-Argumente				
Angesichts der Teuerung und der hohen Zinsen ist eine Senkung der BVG-Renten für viele nicht verkraftbar.	Total	62	18	19
	Ja-Stimmende	48	32	20
	Nein-Stimmende	72	12	16
Die BVG-Revision ist ein Beschiss: Arbeitnehmende zahlen höhere Beiträge und bekommen später weniger Rente.	Total	53	26	21
	Ja-Stimmende	18	62	20
	Nein-Stimmende	72	10	17
KMUs können die Kosten der steigenden Lohnbeiträge in die Pensionskasse nicht verantworten.	Total	34	40	26
	Ja-Stimmende	34	43	23
	Nein-Stimmende	36	40	24

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 80 Prozent aller Stimmenden (sowie 88% aller Ja-Stimmenden bzw. 79% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass es wichtig ist, dass die berufliche Vorsorge von Teilzeitarbeitenden, insbesondere Frauen, verbessert wird. 9 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 11 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'180 Ja-Stimmende 611, Nein-Stimmende 1'402.

6 Anhang

6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 22. September 2024, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 23. September und dem 13. Oktober 2024 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 19: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeberin	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	23. September bis 13. Oktober 2024
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'360 (Papier: 1'336 Online: 2'024) n DCH: 2'025 n FCH: 888 n ICH: 447 (Papier: n DCH: 741 n FCH: 399 n ICH: 196) (online: n DCH: 1'284 n FCH: 489 n ICH: 251)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Beim BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'531 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'427 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 22. September 2024 umfasst insgesamt 3'360 Befragte (Ausschöpfung: 45%), wovon 60 Prozent aus der Deutschschweiz (n=2'025), rund 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=888) und rund 13 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=447) stammen.

Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'531
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	99
total gültige Adressen	7'432
Verweigerung/Abmeldungen	53
total realisierte Interviews	3'418
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	3'961
Löschungen aus Qualitätsgründen	58
final verwendete Interviews	3'360

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+19,7 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +1,3 Prozentpunkte bei der Biodiversitäts-Initiative, und -2,5 Prozentpunkte bei der BVG-Reform.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 58 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellern Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

6.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 21: Standardfehler

ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Standardfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.		

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

6.2 Über die Studie

6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

6.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet

TOBIAS KELLER

Projektleiter und Teamleader Data Analytics, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration



SARA RELLSTAB

Data Scientist

Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Junior Data Scientist

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Corporate Member

gfs.bern 